

(WP) Unser Wahlprogramm für die Kommunalwahl 2020

Antragssteller*in: Bezirksvorstand

Adressat*innen: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, Landesparteitag

Abstimmungsergebnis: JA ____ | NEIN ____ | ENTH. ____ | Überweisung:

Einleitung

Die Jusos Oberfranken treten zur Kommunalwahl am 15. März 2020 in zahlreichen Kommunalparlamenten auf den Listen der SPD an. Auch in den momentan sehr bewegten Zeiten stehen wir zu unserer Mutterpartei in kritischer Solidarität. Wir halten zusammen, wo es darum geht, sich für eine solidarische Gesellschaft einzusetzen. Doch wir kritisieren auch dort ehrlich und verlässlich, wo sich Vertreter*innen der SPD in der Kommunalpolitik nicht den Grundwerten unserer Partei verpflichtet fühlen. Mit unserer Doppelstrategie wollen wir sowohl auf der Straße, in den Vereinen und Bündnissen als auch in den Kommunalparlamenten tätig sein. Wir sind die Brücke zwischen Straße und Parlament. Dieses Wahlprogramm soll Ideengeber und Unterstützer für diejenigen sein, die Mehrheiten für unsere Politik bei dieser Wahl organisieren wollen. Das Programm im Geiste des freiheitlich-demokratischen Sozialismus verfasst: allen Menschen stehen bürgerliche, politische, wirtschaftliche und soziale Grundrechte zu, die es auch auf kommunaler Ebene unnachgiebig zu fördern und zu sichern gilt.

Öffentliche und soziale Daseinsvorsorge

Grundlage unserer Kommunalpolitik ist die Frage nach öffentlich-staatlichen und privatisierten Strukturen. In den letzten Jahrzehnten mussten wir beobachten, wie immer mehr Daseinsvorsorge teilweise oder ganz in die Privatwirtschaft überführt wurde. Doch die Gesetzmäßigkeiten des freien Marktes müssen lediglich auf Konkurrenzfähigkeit und Profit setzen. Dort, wo Strukturen aus sozialen Gründen erhalten werden müssen, kann der freie Markt keine Lösung sein, da Solidarität und gesellschaftlicher Zusammenhalt sich nicht auf materiellen Gewinn reduzieren lassen.

Wir setzen uns daher für eine **Rekommunalisierungsinitiative** ein. Auf Landes- und Bundesebene kämpfen wir dafür, dass das Zurückführen öffentlicher Infrastruktur in kommunale Hände ohne große Kosten- und Verwaltungsaufwände möglich sein wird. In den Gemeinde- und Stadträten werden wir gegen Privatisierungen stimmen und uns dafür einsetzen, dass sie dort, wo es möglich ist, rückgängig gemacht werden. Darüber hinaus sollen Betriebe, die sich in kommunaler Hand befinden, gestärkt und durch bspw. bevorzugte Auftragsvergabe gefördert werden.

Zur grundlegenden **Versorgung, die in kommunale Hände gehört**, zählen wir insbesondere die Wasser-, und Energieversorgung, Schulen und Kinderbetreuung, Krankenhäuser, Straßen, den Nahverkehr, Schwimmbäder und Sportplätze sowie

Bildungseinrichtungen wie Bibliotheken und Volkshochschulen. Dafür braucht es gut ausgestattete Stadt- und Gemeindewerke mit gut bezahlten Mitarbeiter*innen, denn sie halten unsere Kommunen zusammen.

“Ein gutes Leben, auch im ländlichen Oberfranken, darf nicht am Geld scheitern. Wir wollen Investitionen in unsere Regionen!”

Darüber hinaus müssen wir die ambulante und **ärztliche Versorgung**, insbesondere im ländlichen Raum stark verbessern. Geld darf beim Retten von Menschenleben keine Rolle spielen!

Um Dorfgemeinschaften zusammenzuhalten, sollen **Kinderbetreuungseinrichtungen** und Schulen auch in kleinen und schrumpfenden Kommunen erhalten werden. Niemand soll einen langen Schulweg haben müssen. Und dort, wo die Schulwege lang sind, setzen wir uns für kostenfreie und verlässliche Schulbusse ein.

Bildung muss kostenfrei sein. Das Land Berlin macht es vor: Kostenfreies Mittagessen und kostenfreie Bus- und Bahnfahrten für alle Schüler*innen. Das ist nicht nur in der Großstadt möglich: wir wollen, dass wir in ganz Oberfranken beste Bedingungen für Schulen schaffen.

Eine lebenswerte Stadt- oder Dorfgemeinschaft ist geprägt von sozialen Treffpunkten, wo Menschen sich zusammenfinden und austauschen können. Soziale Bindungen leisten einen wertvollen Beitrag für eine offene und gesunde Gesellschaft. Deshalb setzen wir uns für die Schaffung bzw. **Förderungen von sozialen und kulturellen Treffpunkten** wie bspw. Jugend- und Seniorenclubs ein. Hierzu leistet ebenfalls die kostenfreie Bereitstellung von Räumlichkeiten für Aktionsgruppen, Vereinen usw. seitens der Stadt oder Gemeinde bereits einen wertvollen Beitrag für das soziale Zusammenleben. Somit werden auch starke Nachbarschaften herausgebildet, in der Einzelne aufgefangen und integriert werden.

Wohnraum und Leerstand

Oberfranken ist bei der Bevölkerungsentwicklung geteilt: während im westlichen Oberfranken die Städte wachsen und Wohnungsnot entsteht, steht das östliche Oberfranken vor den Herausforderungen von Bevölkerungsrückgang und Leerstand.

Gerade in den Universitäts- und Hochschulstädten fehlt es an **bezahlbarem Wohnraum**. Wir wollen daher, ähnlich wie es bereits im sozialdemokratisch regierten Bamberg der Fall ist, Wohnungsbaugenossenschaften in städtischer Hand fördern und gründen. Dort, wo Kommunen den finanziellen Rahmen haben, muss so viel sozialer Wohnraum

wie möglich geschaffen werden - das bedeutet für uns 6€ Kaltmiete pro Quadratmeter oder weniger. Auf Landes- und Bundesebene setzen wir uns für massive Investitionen in den Wohnungsbau ein. Vor allem setzen wir uns für eine massive Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus bei gleichzeitiger Abschaffung der zeitlich begrenzten Sozialbindung ein, um den Menschen eine langfristige Perspektive bieten zu können. Denn Wohnen ist ein Grundrecht auf das nicht verzichtet werden kann und gleichzeitig eine Grundvoraussetzung für ein Leben in Rechtssicherheit bedeutet.

“Mit dem Grundrecht und Grundbedürfnis auf Wohnraum darf nicht spekuliert oder Gewinn im großen Stil gemacht werden. Für uns gehört Wohnraum in die Hand von Städten und Gemeinden!”

Wohnungsbaugenossenschaften können auch **Wohnheime** bauen. Dabei ist es uns wichtig, Studierende und Auszubildende gedanklich nicht länger zu trennen: wir wollen hochwertige Wohnheime für alle jungen Menschen, die sich in einer Ausbildung befinden. Besonders hier muss dafür gesorgt werden, dass von den niedrigen BAföG-Sätzen und Ausbildungsvergütungen nicht zu viel Geld für Miete verloren geht.

Auch **Zweckentfremdungen** sind ein Problem. Wohnungen sind dort, wo Wohnungsnot herrscht, ausschließlich zum Wohnen zu nutzen. Mit Satzungen sollen Kommunen die Umnutzung für touristische oder gewerbliche Zwecke ebenso wie längerfristigen Leerstand regeln und gegebenenfalls sanktionieren.

In schrumpfenden Kommunen ist **Leerstand** oft ein ernstzunehmendes Problem. Dort, wo Gebäude leer stehen, schwinden Strukturen, schwindet kulturelles Leben und Versorgung. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Überführung von langfristig leer stehenden Gebäuden in privater Hand in kommunalen Besitz kostengünstig machbar wird. Die Reaktivierung von leer stehenden Gebäuden muss stärker von Bund und Land gefördert werden, um insbesondere die Versorgung, die Dorf- und Stadtzentren und das kulturelle Leben zu stärken. Um dieses Ziel sicherzustellen sollen notfalls auch Enteignungen in Betracht gezogen werden, sofern Privateigentümer*innen ihre Gebäude nicht nutzen nur dem langsamen Verfall preisgeben.

“Die Abwärtsspirale von schrumpfenden Gemeinden müssen wir mit Investitionen durchbrechen: wir müssen Geld in die Hand nehmen, um jeden Ort lebenswert zu machen!”

Statt auf neue Gewerbegebiete auf der grünen Wiese setzen wir uns vorrangig für die **Reaktivierung von Dorf- und Stadtzentren** ein.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte gewährt allen Menschen das Recht, den Wohn- und Lebensmittelpunkt frei zu wählen, ein Recht auf Privatsphäre, das Recht auf soziale Sicherheit und auf Bildung sowie das Recht auf Asyl. Diese Erklärung gilt unabhängig von Herkunft, Religion oder Staatsbürgerschaft. Wir sehen daher in den **ANKER-Zentren** einen Bruch mit den Grundsätzen der Menschenrechte und fordern deren **unverzügliche Schließung und Abschaffung!** Niemals darf die Sozialdemokratie die pauschale Kriminalisierung Schutzsuchender hinnehmen. Es muss daher für eine kommunal organisierte, dezentrale Unterbringung von Geflüchteten gesorgt werden, die freien Zugang zu Bildungseinrichtungen, zum Spracherwerb und zum Arbeitsmarkt bekommen müssen. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Kommunen Oberfrankens zu **Sicheren Häfen** für Schutzsuchende erklären und die Bereitschaft zeigen, den rassistischen und menschenverachtenden Konsens in unserer Gesellschaft endlich zu durchbrechen.

Verkehr & Infrastruktur

Eine gute Infrastruktur, die die Grundlage für das Zusammenwachsen von Menschen und Regionen bildet. Dabei setzen wir vor allem auf einen gut ausgebauten und langfristig kostenfreien Schienen- und Busverkehr.

Dass das östliche Oberfranken nicht mehr an den **Fernverkehr** angebunden ist, richtet großen Schaden an der Versorgung der Region an, die sowieso abnehmende Bevölkerungszahlen hinnehmen muss. Wir setzen uns daher für einen Ausbau der Franken-Sachsen-Magistrale ein und einen Einstundentakt für einen ICE von Nürnberg bis Dresden. Großprojekte wie die Schnellfahrstrecke München-Berlin zeigen, dass dort, wo die Bahn investiert und exzellente Strukturen schafft, sie auch rege genutzt wird, womit sie ebenfalls wesentlich zum Klimaschutz beiträgt.

Die Regionalbahnen Oberfrankens sind in einem technisch nicht mehr zeitgemäßen Zustand. Wir setzen uns daher für die schnellstmögliche **Elektrifizierung** aller Bahnstrecken in Oberfranken ein. Zudem wollen wir eine Modellregion für **Wasserstoffzüge**, wie sie bereits im niedersächsischen Elbe-Weser-Netz zum Einsatz kommen, werden. Auch sollen Technologien des **fahrerlosen Verkehrs von Zügen**, sobald sie verkehrssicher angewandt werden können, genutzt werden. Ein positives Beispiel hierzu wären die Nürnberger U-Bahnen. Sobald es soweit kommt, ist ein Programm aufzulegen, dass Lokführer*innen den Weg in einen neuen Beruf erleichtert und finanziert.

“Oberfranken wartet seit Jahrzehnten auf einen spürbaren Ausbau der Bahn. Pendler*innen können sich heute nicht auf die Züge verlassen. Das muss sich so schnell wie möglich ändern!”

Regelmäßige und durchdachte **Taktung** der Züge sind eine wichtige Grundlage für einen attraktiven Nahverkehr. Wir wollen daher, dass auf den Hauptstrecken Oberfrankens ein **30-Minuten-Takt** hergestellt wird. Um auch zu später Stunde noch nach Hause kommen zu können, setzen wir uns zudem für **Nachtzüge und -busse** ein, die auch zwischen 0 und 6 Uhr fahren, auch an Wochenenden. Auch können autonom fahrende Kleinbusse ausgetestet werden, wie sie bereits in mehreren Kommunen Deutschlands zu Testzwecken im Einsatz sind. Wir wollen eine experimentierfreudige Region sein und die neuesten Technologien nutzen, um den ländlichen Raum anzubinden und zu versorgen. Hier kann unsere Region Maßstäbe setzen.

Gerade in Oberfranken lohnt sich ein Blick auf **ehemalige Zugstrecken**. Die Fichtelgebirgsbahnen sind ein gutes Beispiel für den ständigen Rückgang der Schieneninfrastruktur. Wir setzen uns für die Reaktivierung nicht mehr genutzter Bahnstrecken ein. Auf Landes- und Bundesebene müssen dafür Fördermittel bereitgestellt werden.

Barrierefreiheit ist in allen bisher genannten Punkten ein wichtiger Aspekt. Bahnhöfe und Gehwege müssen saniert werden, damit eine Nutzung beispielsweise mit Kinderwagen oder Rollstühlen problemlos möglich ist. Auch muss es im öffentlichen Nahverkehr eine umfassende Unterstützung für Menschen mit Behinderung geben, um allen den Zugang zu Transportmitteln zu ermöglichen.

Gerade für kürzere Strecken zwischen Dörfern und Gemeinden lohnt sich der Ausbau der Fahrradinfrastruktur. **Radwege** mit integrierten Solaranlagen sind in den Niederlanden erfolgreich im Einsatz und sorgen für erneuerbare Energien ohne neue Stromtrassen oder Windkraftwerke bauen zu müssen. **Fernstraßen für Fahrräder**, wie sie zahlreiche "Radentscheid"-Initiativen fordern, möchten wir unterstützen. Zu einer guten Fahrradinfrastruktur gehören auch ausreichende, wo möglich überdachte, Parkplätze für Räder und frei zugängliche Reparaturstationen. Ebenfalls sollen für E-Bikes Ladestationen bereitgestellt werden, welche im besten Fall kostenfrei zu nutzen sind. Die Stärkung des Fußgänger- und Radverkehrs soll darüber hinaus in den Städten durch die Schaffung von verkehrsberuhigten Bereichen und autofreien Zonen. Die Reduzierung von mehrspurigen Straßen zu einspurigen für Autos mit gleichzeitig breitem Radweg gehört ebenso dazu. (Hierzu gäbe es u.a. positive Beispiele aus München zu nennen.)

Ein oftmals vergessener Aspekt guter Infrastruktur ist die **Internetverbindung** - in Oberfranken meistens zu langsam, lückenhaft und unzuverlässig. Wir erneuern unsere vehemente Forderung nach einem flächendeckenden Breitband- und **LTE-Ausbau** in allen Dörfern und Städten. Dabei wollen wir auch die Region Oberfranken als Modellregion für lückenlosen **4G- & 5G-Empfang** etablieren. Dort, wo der Ausbau durch Telekom oder andere Anbieter zu teuer ist, kann auch die Kommune selbst Kabel verlegen, vorzugsweise durch kommunale Betriebe/Stadtwerke vor Ort. Die

Gemeinde Halsbach im Landkreis Altötting ist hier ein gutes Beispiel: dort hat man einfach selbst die Kabel verlegt, nachdem das Angebot der Telekom zu teuer war. Wir wollen solche Lösungen in ganz Oberfranken fördern. Dabei sollen Doppelstrukturen wie doppelt verlegte Glasfaserkabel vermieden werden, um Ressourcen zu schonen und effizient zu sein. Ziel muss es sein Glasfaser bis ins Haus zu verlegen, um die Glasfaserinfrastruktur optimal auszunutzen und die Zukunftsfähigkeit der digitalen Infrastruktur Oberfrankens sicherzustellen.

“Im Jahr 2020 werden immer noch ganze Dörfer von schnellem Internet und gutem Handyempfang abgeschnitten sein. Wir können das nicht akzeptieren - also Schluss mit den Versprechungen und her mit dem Netzausbau!”

Umweltschutz und Nachhaltigkeit

Oberfranken wird wärmer. Das zeigen beispielsweise die Klimadaten aus den Jahren 2014-2019 für Bamberg: 1,6 °C wärmer als im klimatischen Mittel. Zudem ging der Niederschlag um ca. 11 % zurück. Unser Auftrag ist klar: wir sind die letzte Generation, die den menschengemachten Klimawandel noch aufhalten kann. Wir müssen mit den Folgen der globalen Erwärmung umgehen - auch in den Kommunen!

Die Gestaltung von urbanen Gebieten soll daher nach besonders **nachhaltigen und abkühlenden Maßnahmen** geschehen. Der Anteil an asphaltierter und betonierter Freiflächen soll auf das notwendigste Minimum reduziert werden und begrünt werden, insbesondere mit schattenspendenden Bäumen. Kostenlose Trinkwasserbrunnen und kleine Wasserflächen (z.B. Springbrunnen, Stadtbäche) sollen vor allem in Stadt- und Dorfzentren vermehrt errichtet werden, um allen Bürger*innen schnellen **Zugang zu Wasser** zu ermöglichen. Bereits kleine Wasserflächen, wie beispielsweise der Brunnen am Obstmarkt in Bamberg, kühlen die Umgebung spürbar ab und schaffen eine lebensfreundliche Atmosphäre. Die Verwaltung soll hier Möglichkeiten für solche Maßnahmen prüfen. Das Begrünen von Hauswänden soll im Dialog mit Hausbesitzer*innen ermöglicht werden. Sitzgelegenheiten an schattigen Plätzen müssen ebenso zur Norm werden, wie das Schaffen von **Dachbegrünungen** - auch auf kleinen Flächen, wie z.B. Bushaltestellen. An Kreuzungen und belebten Orten sollen Wasserzerstäuber errichtet werden. Bei allen Maßnahmen ist auf eine bienen- und insektenfreundliche Bepflanzung zu achten. Daraus ist auch zu schließen, dass wir Steingärten, -mauern, und -pflaster ablehnen und uns dafür einsetzen, grüne Gärten, Parks und öffentliche Räume zu schaffen.

“Wir müssen jetzt auf den voranschreitenden Klimawandel reagieren, um die Lebensqualität in unseren Dörfern und Städten zu sichern und die damit einhergehenden Gesundheitsgefahren frühzeitig abzuwenden!”

Einen weiteren maßgeblichen Beitrag zur Abkühlung und zur Klimabilanz von Kommunen leisten **autofreie Dorf- und Stadtzentren**. Damit es jedoch nicht zu einer Umgehungsstraßen-Inflation kommt, ist unser Ziel, interkommunale Pläne zur Reduzierung des Autoverkehrs zu schaffen. Freiwerdende Ressourcen sollen in ein kommunales Raumfahrtprogramm investiert werden, welches ermöglichen soll, die inneren Planeten des Sonnensystems in kurzer Zeit zu erreichen. Hierbei stellt außerdem die Raumfahrt eine spürbare Entlastung für den Autoverkehr dar. Dort wo es möglich sind, sollen Fußgänger*innen-Zonen angelegt werden und Autos umgeleitet werden. Weiterhin sind wir für ein generelles Tempolimit innerorts von 30 km/h, um einen ruhigen und flüssigen Verkehrsfluss zu schaffen und gleichzeitig die gegenüber dem motorisierten Verkehr schwächeren Verkehrsteilnehmer*innen zu schützen.

Energiegenossenschaften sind ein weiterer Weg, den CO₂-Ausstoß einer Kommune zu reduzieren. Hier können Bürger*innen gemeinsam und dezentral für eine Produktion von grünen Strom sorgen. Diese Projekte müssen stärker von den Kommunen gefördert und angetrieben werden. Auch hier bietet unsere Forderung nach kommunaler Elektrizitätsgewinnung die Möglichkeit, unabhängig vom Markt die Menschen günstig mit Strom zu versorgen. Auf landes- und bundesebene setzen wir uns für finanzielle Unterstützung solcher Projekte ein, damit Strom günstiger und für alle bezahlbar wird.

Die Unterstützung **regionaler Produkte** ist uns ein wichtiges Anliegen. Kommunen sollen daher Bauern- und Wochenmärkte fördern und dementsprechend Raum bereitstellen. Streuwiesen und Obststreulflächen sind erhaltenswert und sollen vergrößert werden, um die **Artenvielfalt** wieder zu fördern und alte Sorten zu erhalten.

Wir wollen Informationen bereitstellen, wie jeder einzelne Mensch einen kleinen eigenen **Beitrag zum Umweltschutz** leisten kann ohne dafür übermäßige Mehrkosten in Kauf nehmen zu müssen oder sich im eigenen Lebensstil einzuschränken. Dies könnten etwa Ernährungstipps in Form von veganer/vegetarischer Ernährung sein oder Guides zur Plastikvermeidung bei Kosmetika bzw. worauf man beim Kauf solcher Produkte achten könnte. Dabei sollen aber jegliche Belehrungen vermieden werden. Jeder Mensch soll nach seinen Möglichkeiten versuchen, einen kleinen Beitrag dazu zu leisten. In erster Linie hat der Staat für eine umweltfreundliche und ressourcenschonende Politik zu sorgen. Dabei solle er die Rahmenbedingungen für ein günstiges umweltfreundliches Wirtschaften ermöglichen, die gleichzeitig ressourcenverschwenderisches Handeln unwirtschaftlich machen.

Laut Deutscher Umwelthilfe werden jedes Jahr rund 2,3 Milliarden **Einwegbecher** produziert, was wiederum insgesamt 40.000 Tonnen Einwegbechermüll bedeutet und rund 83.000 Tonnen CO₂-Emissionen erzeugt. Viele der Coffee-to-go-Becher werden achtlos weggeworfen und verschmutzen Straßen, öffentliche Plätze und nicht zuletzt die Natur. Um dies zu bekämpfen und zu verhindern, sollen in ganz Oberfranken **Einwegbecher verboten** werden. Einwegbecher sollen durch Pfandbecher ersetzt werden, welche kostengünstig erwerbbar sein sollen und idealerweise von jedem

Geschäft auch wieder zurückgenommen werden können. Darüber hinaus möchten wir die Möglichkeit der **Mülltrennung** an allen kommunalen Mülleimern ermöglichen und **Pfandringe** anbringen lassen, um jedes Bisschen Plastik und Papier so gut wie möglich wieder nutzbar zu machen. Doch es sollte stets der Grundsatz gelten: Jeder vermiedene Müll ist der beste Beitrag zum Umweltschutz, da er weder getrennt noch recycelt werden muss.

Bürger*innenbeteiligung

Unsere Gemeinden sind demokratisch und solidarisch: große Projekte werden gemeinsam diskutiert, Lösungen werden gefunden, bei denen niemand benachteiligt werden kann. Dieser ständige Dialog ist ein langwieriger, aber notwendiger Prozess, um **Demokratie in der Gemeinde** jenseits von Ratsentscheidungen zu verwirklichen. Das Instrument der Bürger*innen-Entscheidung auf kommunaler Ebene stellt für uns nur bedingt ein Mittel der Beteiligung dar. Das Herunterbrechen komplexer Beteiligungsprozesse auf eine Ja-Nein-Frage reicht uns nicht aus. Daher bevorzugen wir andere Methoden der Mitwirkung und Mitbestimmung in den Gemeinden.

Die geringe Repräsentation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Kommunalparlamenten ist ein Problem, dem mit der Gründung von Jugendparlamenten auf kommunaler Ebene begegnet werden kann. **Jugendparlamente** sollen mit einem eigenen Etat ausgestattet werden, die Infrastruktur der Gemeinde nutzen können und die Möglichkeit haben, im Kommunalparlament zu sprechen und Anträge einzureichen. Die Jugendparlamente müssen dafür demokratisch gewählt sein und eng mit den Schulen zusammenarbeiten. Selbige Rechte fordern wir auch für die Vertretung anderer Gruppen, wie beispielsweise Integrations- und Geflüchtetenbeiräte.

Bei wichtigen Entscheidungen, insbesondere größeren, öffentlichen Bauvorhaben, müssen alle Bürger*innen frühzeitig involviert werden. Scheinbeteiligung im Nachhinein lehnen wir ab. Bereits in der Planung müssen die Vorschläge, Wünsche und Bedenken der Bürger*innen gehört und respektiert werden. Wir setzen uns daher für **moderierte Foren für interessierte Bürger*innen** ein, um die gesamte Expertise unserer Kommunen für ihre Projekte zu nutzen. Diese Foren sollen gemeinsam mit den gewählten Vertreter*innen arbeiten und die besten Lösungen für die gesamte Gemeinde diskutieren. Gerne nehmen wir es dafür in Kauf, dass Großprojekte damit etwas länger dauern als geplant.

“Unsere Gemeinde ist demokratisch und inklusiv: alle können mitreden, alle können sich einbringen, um die bestmöglichen Ergebnisse hervorzubringen!”

Als Mandatsträger*innen ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, in regelmäßigen Sprechstunden für die Bürger*innen erreichbar zu sein. In unserer Öffentlichkeitsarbeit

wollen wir transparent arbeiten und nicht nur kurz vor den Wahlen auf unsere Themen und auf unsere Arbeit aufmerksam machen.

Offene und feministische Gesellschaft

Wir Jusos stehen für eine Gesellschaft, in der sich alle Menschen frei und gleich entfalten können. Wir setzen uns für eine feministische und solidarische Gesellschaft ein, in der der Zusammenhalt stärker ist als trennender Hass und Verachtung. Das ist uns gerade auf kommunaler Ebene wichtig. Für uns muss klar sein: dort, wo wir tätig sind, entstehen kulturelle Freiräume, wächst der Zusammenhalt und es entsteht eine offene Gesellschaft.

Repräsentation ist hierfür entscheidend. Um dem Gleichberechtigungsauftrag des Grundgesetzes zu entsprechen fordern wir daher auf Landesebene ein Gesetz, dass alle gültigen **Wahlvorschläge für Kommunalparlamente** abwechselnd mit Frauen und Männern besetzt werden müssen. Bei der Wahl von Einzelämtern, wie Bürgermeister*innen oder Landrät*innen, kann es keine Quotierung geben. Wir setzen uns daher für das Modell der **Doppelspitze für Kommunen** ein, wobei sie sich aus einer Frau und einem Mann zusammensetzen muss.

“Da in Bayern nach wie vor unter 10 % der Bürgermeister*innen Frauen sind, brauchen wir radikale Maßnahmen und müssen neue Systeme schaffen, die Gleichberechtigung durchsetzen!”

Frauenförderung wollen wir in Kommunen daher institutionalisieren. Wir wollen kostenfreien Angebote für Frauen schaffen, die in die Kommunalpolitik einsteigen und Möglichkeiten schaffen Netzwerke aufzubauen. Für die kommunalen Verwaltungen wollen wir Angebote schaffen, sich für Sexismus im Alltag zu sensibilisieren. Dabei sollen auch Angebote speziell für nicht-männliche Senior*innen geschaffen werden.

Inklusion muss auch jenseits der binären Geschlechter gedacht werden. Geschlechtsunabhängige öffentliche Toiletten müssen eine Selbstverständlichkeit in Kommunen werden. Ebenso dürfen Wickelräume nicht ausschließlich auf Frauentoiletten vorzufinden sein. Wir setzen uns für die Rechte von **Trans*-menschen** ein und bekämpfen Diskriminierung, Hass und Ausgrenzung auf allen Ebenen. Auf öffentlichen Toiletten sollen außerdem selbstverständlich kostenfreie Hygieneartikel zur Verfügung gestellt werden.

Wir wollen zudem **Nothilfe- und Beratungsangebote ausbauen**. Jeder Landkreis soll ein Beratungszentrum für LGBTIQ*-Jugendliche einrichten, die mindestens eine Vollzeitstelle umfassen und auch an Schulen tätig sein können. Im gleichen Umfang sollen Frauenhäuser und -notrufe geschaffen werden, um gegen häusliche Gewalt

effektiv anzukämpfen. Wir wollen solidarische Kommunen, die allen Menschen ein sicheres und gewaltfreies Leben ermöglichen.

Gesellschaftlich sehen wir uns der Förderung von **Ehrenamtlichen, Vereinen und Kulturschaffenden** verpflichtet. Wir wollen kostenfreie, kulturelle Freiräume, wie beispielsweise Jugendzentren oder Kulturhäuser, fördern. Stadt- und Kreisjugendringe müssen besser ausgestattet werden, dafür suchen wir den Dialog mit den dort tätigen Personen. Wir wollen in unseren Kommunen Strategien entwickeln, wie wir für alle zugängliche kulturelle Räume schaffen können, um Kommunen lebendig und attraktiv zu halten.

Eine offene und solidarische Gesellschaft bedeutet für uns auch, dass wir mit der AfD unter keinen Umständen kooperieren und sie mit allen demokratischen Mitteln bekämpfen werden. Wir überlassen unseren Kommunen nicht den Protofaschist*innen und Nationalist*innen, die statt dem Gemeinwohl nur Ausgrenzung, Diskriminierung und Hass fördern wollen. Wir arbeiten daher mit **antifaschistischen Bündnissen** zusammen und gründen diese, wo sie noch nicht vorhanden sind. Doch im Sinne unserer Doppelstrategie wollen wir nicht nur auf der Straße, sondern auch in den Kommunalparlamenten Bündnisse suchen, um die AfD und andere Rechtsradikale frühzeitig und effektiv in ihre Schranken zu weisen.